

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1922

262 (9.11.1922)

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Durlach.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertage ausgenommen.
Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich
monatlich 175.— Mark, Einzelnummer und Belegblatt 7.— Mark.

Redaktion, Druck und Verlag: Adolf Dups, Durlach, Mittelstraße 6
Fernsprecher 204.



Preis für die feingepaltene Millimeterzeile 3 Pf., Reklamemil-
limeterzeile 15 Pf. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nach-
mittags 4 Uhr, für dringliche Familien-Anzeigen am Erscheinungstag
1/2 Uhr vormittags. Kleine Anzeigen sind sofort zu bezahlen. Für
Platzverweigerung und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr über-
nommen werden. Im Fall höherer Gewalt hat der Bezugspreis keine
Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 262.

Donnerstag den 9. November 1922.

93 Jahrgang.

Kurze Tagesübersicht.

Die Verhandlungen und Beratungen in Berlin stehen im entscheidenden Stadium. Dem Reparationsauschuss wurden neue Vorschläge unterbreitet, die auf dem Gutachten der Sachverständigen beruhen. Dieses sieht eine Stabilisierung der Reichsmark auf einer Basis von 3000—3500 M. für den Dollar vor, ein zweijähriges Moratorium und Verwendung der Goldreserve der Reichsbank. Eine amerikanische Bankiergruppe soll ein Anleiheangebot gemacht haben.

Der 9. November wird nicht gefeiert. Die Berliner Gewerkschaftskommission hat ihren Beschluß, am Erinnerungstag der Revolution die Arbeit ruhen zu lassen, rückgängig gemacht. Die Christl. Gewerkschaften haben vorweg sich dagegen gewandt, den 9. Nov. als Feiertag zu begehen.

Bei den amerikanischen Kongress-Wahlen, die am Dienstag stattfanden, haben die Demokraten über die Republikaner große Erfolge erzielt.

In der französischen Kammer entwickelte der frühere Wiederbauminister Loucheur ein Programm über die deutschen Fragen, das einen verhaltenen Ausschlag auf das Rheinland enthält.

Das Verhalten der Nationaltürken in Konstantinopel hat eine neue Orientkrise heraufbeschworen.

Stabilisierung der Mark auf 3000 bis 3500 für den Dollar.

Zahlungsausschub für mindestens zwei Jahre.

Berlin, 8. November.

Die von der Reichsregierung benannten ausländischen Sachverständigen haben gestern ihre Gutachten über die Währungsfrage dem Reichskanzler übergeben; es schließt die Stabilisierung der Reichsmark auf 3000—3500 Mark für den Dollar vor. Die Sachverständigen haben ihre Beratungen unter sich abgeschlossen und nur zur Beantwortung einzelner Fragen Mitglieder der Sachverständigen, wie Wendelschön, Reichsgraf, Uebig, Andreae und einige beamtete Sachverständige, darunter Staatssekretär Hirsch vom Reichswirtschaftsministerium zugezogen. Das Gutachten ist von dem Schweden Professor Gustav Cassel und den beiden Engländern Brand und Kennes ausgearbeitet.

Schwierig war es, die Unterschriften sämtlicher Mitglieder unter das Gutachten zu erhalten, weil sich der Holländer Wisseling und der Schweizer Dubois gestern abend noch nicht schlüssig werden konnten. Beide Herren unterzeichneten zwar schließlich das etwa 14 Schreibmalen umfassende Gutachten, wolle aber heute der Neugier ein paar Zeilen des Gutachtens übergeben, das sich inoffiziell in den Grundzügen nicht erheblich von dem anderen abheben dürfte.

Es ist anzunehmen, daß sich auch der französisch-russische Sachverständige Kamenskij diesem Gutachten anschließen wird, so daß die Reichsregierung der Reparationskommission noch beide Texte als Grundlage der Verhandlungen überreichen kann.

Das Gutachten sieht weiter vor, daß etwa die Hälfte des ein Milliarde betragenden Goldvorrates der Reichsbank zur Stabilisierung der Mark herangezogen wird. Die Direktoren der Reichsbank hat infolge des Gutachtens der Sachverständigen und nach den Besprechungen mit den Parteiführern ihren Widerstand hiergegen aufgegeben. Schließlich schließt das Gutachten einen Zahlungsausschub für mindestens 2 Jahre vor, für dessen Verlängerung bereits gewisse Grundlinien festgelegt sein sollen.

Wie dieser gewährt, so dürfte sich die Brüsseler Konferenz zunächst erledigen.

Im Zusammenhang mit dem Gutachten der Sachverständigen steht die Vereinfachung der Bankiers, deren Vorsitz über Brand ist. Infolgedessen des Londoner Bankhauses Lazarus (Brothers), eine Kombination von ausländischen Bankrechten in Zusammenhang mit dem Geld der Reichsbank vorschlägt.

Es steht heute fest, daß die Reparationskommission erst am Freitag abend Berlin verlassen wird. Diese Wendung zu einem längeren Verbleiben in Berlin ist gestern nachmittag eingetreten, nachdem die Kommission von dem Gutachten der Sachverständigen Kenntnis erhalten hatte. Diese Zustimmung ist eine Folge der persönlichen Führungnahme der Gutachter mit der Reparationskommission, die sich gestern abend auf der amerikanischen Botschaft trafen. An dem Essen, das ausgesprochen offiziellen Charakter trug und offenbar bestimmt war, die beiden Kommissionen amtlich in enge Berührung zu bringen, haben Reichskanzler Dr. Brüch, Reichsfinanzminister Dr. Hersem und der englische Botschafter Abernethy teilgenommen. Die Reparationskommission hat die Einwürfe der Reichsregierung gegen die monatliche Mehrlieferung von 20 000 Tonnen Kohlen zur Kenntnis genommen, will aber die Entscheidung erst in Paris fällen, wo dann auch über die Holzlieferungen gesprochen werden soll.

Die Verhandlungen über die Kohlenfrage.

Berlin, 8. Nov.

Die gestrigen Verhandlungen mit der Reparationskommission haben Kohlenfragen betroffen. Von deutscher Seite wurde darauf hingewiesen, daß infolge der Lieferungen an die Reparationskommission englische Kohle zum Weltmarktpreis für die Eisenbahnen nicht mehr erhältlich, wenn nicht dieser Kohlenimport durch anderwertige Exporte von Kohlen gedeckt wird. Ueberhaupt werden die Sachlieferungen an Kohlen sowie an anderen Materialien in Zusammenhang

mit der gesamten deutschen Leistungsfähigkeit zu bringen sein. Das Stadium der deutschen Wirtschaft ist heute dahin gelangt, daß die Frage nach der Möglichkeit der Ausführung von Sachlieferungen überhaupt auf die Tagesordnung gestellt erscheint. Es ist das vorliegende Stadium, hinter welchem nur noch das Nachhaken nach Krediten kommen wird, um die notwendigen Lebensmittel bezahlen zu können. In diesem gegenwärtigen Stadium wird Deutschland nur imstande sein abzuliefern, wenn es im Innern von einer einheitlichen Volkswirtschaft, die eine einheitliche deutsche Politik ermöglicht, unterstützt wird.

Deutschland.

Berlin, 8. Nov. Nach Eingang der Gutachten II Mittwoch vormittags das Reichskabinett zusammengetreten, um die Vorbereitungen der deutschen Antwortnote an die Reparationskommission zu treffen. Die Opposition haben sich gegen die Mitwirkung des Reichsbankgoldes in der „B. Z.“ zufolge endgültig fallen gelassen worden, allerdings nur unter den Voraussetzungen einer früheren Goldanleihe.

In direktem Zusammenhang mit diesem Gutachten steht ein Anleiheangebot einer ausländischen Bankiergruppe, das der mitunterzeichnete Gutachter Brand vom Bankhaus Gebrüder Lazarus-London-Neuhof der Reichsbank bekanntgegeben hat. Diese Goldanleihe wird ausdrücklich für die Markstabilisierung unter der Bedingung der Mitwirkung des Reichsbankgoldes angeboten.

Berlin, 8. Nov. Es scheint nunmehr festzu stehen, daß die Reparationskommission erst Freitag Berlin verlassen wird. Doch wird die offizielle Auffassung über den weiteren Verlauf der Reparationsverhandlungen, die anscheinend an den Berliner amtlichen Stellen herrscht, in den Kreisen der Reparationskommission nicht geteilt. Man ist dort nach wie vor der Ansicht, daß die Reichsregierung von sich aus die Vorschläge hätte machen und nicht erst auf die Gutachten der Sachverständigen warten sollen.

Die Verhandlungen der Reichsregierung mit der Reparationskommission über die Holzlieferungen Deutschlands an die Entente sind zunächst vertagt worden. Die Beratungen sollen demnächst in Paris fortgesetzt werden.

„Morninshof“ meldet: Brandt hat dem Minister einen Bericht aus Berlin zugehen lassen, der wenig Aussicht für eine Verständigung mit Deutschland offen läßt. Der Minister hat sich mit diesem Bericht befaßt und die gewünschten Weisungen an den britischen Vertreter ergoßen lassen.

Berlin, 8. Nov. In der Hauptversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats kam es zu einer lebhaften Aussprache über die ernste Ernährungsfrage. Besondere Aufmerksamkeit beanspruchten dabei die Ausführungen des Staatssekretärs Heinrich vom Ernährungsministerium, der die augenblickliche Situation folgendermaßen charakterisierte: Die Versorgung der Bevölkerung mit marktfreiem Brot zu freien Marktpreisen scheint augenblicklich noch einigermassen dem Bedarf zu entsprechen, wenngleich auch hier Anlauf zu Besorgnissen gegeben ist. Bei der Versorgung mit Marktbrot ist darauf hinzuweisen, daß wir schon heute zu ihrer Aufrechterhaltung mehr Brotgetreide eingeführt haben, als im Vorjahr. Die Ursache dieser Erscheinung ist hauptsächlich darin zu suchen, daß von der Umfrage, von der im Vorjahr bis Ende Oktober 1,14 Millionen Tonnen eingeangenen waren, diesmal nur 400 000 Tonnen eingeführt wurden. Dieses Minus, das beinahe zwei Drittel ausmacht, kann nicht allein durch die schlechte Ernte erklärt werden, sondern vor allem auch durch die Schwierigkeiten der Unterverteilung, die durch das späte Herauskommen des Getreides hervorgerufen wurden und auch heute noch nicht überwunden sind. Da die öffentliche Hand immer mindestens sechs Wochen vorher im Besitz der zur Verteilung notwendigen Mengen sein muß, so wird am Anfang des nächsten Jahres mit ersten Schwierigkeiten zu rechnen sein. Staatssekretär Heinrich riefte deshalb im Namen der Reichsregierung einen dringenden Appell an die Landwirtschaft, die Ablieferungen des Umfragegetreides so weit als irgend möglich zu beschleunigen.

München, 8. Nov. Der Landtag nahm Mittwoch nachmittag die Wahl des neuen Ministerpräsidenten vor. Abgegeben wurden 143 Stimmzettel, 86 lauteten auf den Abgeordneten Dr. v. Rüttling, 54 waren unbeschrieben, 3 Stimmen waren zerplittert und lauteten auf Dr. Heim, Dr. Zehbrecher und Ritter. Dr. von Rüttling erklärte sich bereit, unter Zurücksetzung seiner persönlichen Bedenken das ihm nie erstrebte Amt des Ministerpräsidenten im Geist vaterländischer Pflichterfüllung zu übernehmen, indem er sich vorbehält, die Grundzüge, nach denen er das Amt zu führen gedenkt, in der morgigen Sitzung im Anschluß an die Bekanntgabe der Ministerliste vorzutragen.

Ausland.

Paris, 8. Nov. Loucheur hielt in der französischen Kammer eine Rede, in der er sich eingehend mit der deutschen Finanzlage beschäftigte und dabei betonte, daß Deutschland sofort für bankrott erklärt werden müsse, um auf diese Weise die deutschen Finanzen der Gesundung entgegenzuführen. Deutschland befindet sich am Rande des Abgrundes. 5—6 Milliarden Goldmark müßten durch internationale Solidarität aufgebracht werden, um eine neue Valuta zu schaffen. Eine Vorbedingung für den Wiederaufbau sei die Festigung des Friedens und dies könne nur erzielt werden, wenn die Sicherheit Frankreichs gewährleistet werde. Loucheur erklärte, daß dies nur in der Weise geschehen könne, daß dem Rheinland sein rheinischer Charakter wiedergegeben werde, wobei es sich aber um keine Annexion und keine politische und wirtschaftliche Kontrolle handle. Loucheur befürwortete eine Sühntrippe mit starkem französischem Einschlag und forderte daß dieser Vertrag im Völkerbund garantiert werde, der auch zusammen mit den in Frage kommenden Mächten die Kosten für die internationalen Truppen zu übernehmen habe.

Paris, 8. Nov. Die englische Regierung hat gestern durch Vermittlung ihres Botschafters in Paris der französischen Regierung den Vorschlag unterbreitet, die Eröffnung der Konferenz von Lausanne vom 13. auf den 27. November zu verschieben.

Paris, 8. Nov. Nach Zeitungsberichten hat Poincaré dem englischen Botschafter in Paris am Montag eine Note über die Orientfrage und das Reparationsproblem überreicht. Poincaré schlägt Maßnahmen zur Schaffung von produktiven Wärdern in Deutschland vor. Poincaré empfing den französischen Vorsitzenden der Rheinlandskommission, Tirard, zu einer längeren Unterredung.

Konstantinopel, 8. Nov. Die Lage in Konstantinopel zeigt sich immer mehr zu. Die alliierten Regierungen gaben dem Vertreter Angoras bekannt, daß sie nicht geneigt seien, das bisherige Regime der alliierten Oberkommissare in Konstantinopel irgendwie abzuändern. Die Kontrolle müsse sich auf alle öffentlichen und polizeilichen Verwaltungen erstrecken. Da die Nationalisten bereits angefangen hatten, die türkische Verwaltung in Konstantinopel einzurichten, wurde Hamid I. vor die alliierten Generäle zitiert, die ihm erklärten, daß sie bis zur Ratifizierung des Friedensvertrags keine Abänderung des bestehenden politischen Status dulden. Die alliierten Oberkommissare haben von ihren Regierungen Weisungen verlangt, die darauf hinausgehen, über Konstantinopel den Belagerungszustand zu verhängen.

In Konstantinopel sind, wie der „Petit Parisien“ erfährt, die widersprechendsten Gerüchte über den Sultan im Umlauf. Inmitten der allgemeinen Spannung der Bevölkerung wird erzählt, daß der Sultan gerammt worden sei, und wieder, daß man ihn an dem Versuch, zu fliehen, verhindert habe. In Wahrheit befindet er sich unter englischem Schutz an Bord eines englischen Kriegsschiffes im Bosporus.

Die Wahlen in Amerika.

Empfindliche Niederlagen der Republikaner.

New York, 8. Nov. Gestern fanden in den Vereinigten Staaten die Wahlen für das Repräsentantenhaus und die Parlamente aller Staaten des Bundes, die ihrerseits wieder ein Drittel des Bundes senats neu wählen müssen, statt. Die bisher einlaufenden Nachrichten lassen erkennen, daß im letzten Augenblick das Interesse an den Wahlen noch sehr zugenommen hat und daß teilweise äußerst heftige Kämpfe stattgefunden haben. Allerdings war diese Teilnahme in den einzelnen Staaten der Union sehr verschieden. Die Demokraten sind allgemein der Ansicht, daß dieses Wiederaufleben des Interesses die Aussichten ihrer Partei sehr begünstigt hat, während die Republikaner, die Partei der gegenwärtigen Regierung, noch darauf hoffen, daß die Zusammensetzung des Repräsentantenhauses und des Senats durch die Wahlen ernstlich nicht in Mitleidenschaft gezogen werden wird. Nach den aus dem Staate New York vorliegenden Berichten war besonders die Teilnahme der Frauen an den Wahlen außerordentlich groß.

New York, 7. Nov. Die Republikaner haben die ländlichen Bezirke im Staate New York verloren, die bisher als ihre besonderes Reservat angesehen wurden. Namentlich die Niederlage Millers für den Gouverneurposten wird für ein beachtenswertes Zeichen angesehen. Die demokratische Mehrheit wird auf 200 000—500 000 Stimmen geschätzt; im Jahre 1920 betrug die republikanische Mehrheit rund 1 100 000 Stimmen. Man schätzt, daß im ganzen 20—22 Millionen Stimmen abgegeben wurden gegen 26 Millionen am Jahre 1920. In Washington sind, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, die Demokraten an der Spitze, in Boston führten sie bisher unstreitbar.

Washington, 7. Nov. Nach weiteren eingehenden Wahlberichten machen die Demokraten im Senat außerordentliche Fortschritte. Die republikanische Mehrheit

dürfte von 24 auf 18 Stimmen herabgesetzt werden. Die Demokraten haben zweifellos in den Staaten New-Hork, New-Jersey, West-Virginia, Montana und Missouri gewonnen.

Badischer Landtag.

Wahl des Unterrichtsministers und des Staatspräsidenten.
Karlsruhe, 7. Nov. Die Nachmittags-Sitzung begann mit ziemlicher Verspätung. Die Tribüne für das Publikum war dicht besetzt. Auffallend war die große Zahl uniformierter Schulleute, die sich ebenfalls auf der Tribüne eingefunden hatten.

Auf der Tagesordnung stand zunächst die Wahl des Ministers des Kultus und Unterrichts, wofür bekanntlich die demokratische Fraktion Prof. Dr. Hellpach vorgeschlagen hatte. Vor Beginn der Wahlhandlung erklärte Abg. Mayer-Karlruhe namens der Deutschnationalen, daß seine Fraktion sich bei der Wahlhandlung der Stimme enthalten werde, womit noch keine Präjudiz über die Person und das Programm des künftigen Ministers für Kultus- und Unterrichts gesprochen sei. Die deutschnationale Fraktion hoffte vielmehr auf Grund der Neben, die der Vorgesetzte auf der Landeskonferenz gehalten hat, daß sich zwischen ihm und den Deutschnationalen Verständigungspunkte genug finden werden zu einem gemeinsamen und erproblichen Mittel-anderarbeiten.

Für die Fraktion der Deutschen Volkspartei gab Abg. Weber eine ähnliche Erklärung ab, seine Partei nehme gegenüber dem neuen Minister eine abwartende Haltung ein. Abg. Voß (Komm.) führte aus, seine Gruppe werde sich der Stimme enthalten, zumal die Wahl des Staatspräsidenten eine zwecklose und sinnlose Deforation darstelle. Die vorgeschlagene Person (Minister Kemmele) habe zudem nicht das Vertrauen der Kommunisten.

Abg. Kläber (Landbund) schloß sich den Ausführungen der Redner der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei an und erklärte, der Landbund nehme eine abwartende Stellung ein.

Bei der nun vollzogenen Wahl des Unterrichtsministers wurden von 77 Abgeordneten 76 Stimmen abgegeben. Somit fehlten 10 Abgeordnete bei der Wahlhandlung. Auf Dr. Hellpach entfielen von den 76 Stimmen 51 Stimmen. 24 Stimmzettel waren weiß und einer war unglücklich. Dr. Hellpach war damit, da er die erforderliche Mehrheit auf sich vereinigte, gewählt.

Auf die Frage des Präsidenten Wittenmann, ob er das Amt annehme erklärte Dr. Hellpach: Mit dem Ausdruck des herzlichsten Dankes für das ehrenvolle Vertrauen nehme ich die Wahl an und erkläre die Hoffnung, daß ich das Vertrauen des Landtags auch praktisch rechtfertigen kann zum geistigen und sittlichen Wohl unseres badischen Volkes.

Präsident Wittenmann wünschte dem neuen Unterrichtsminister das Beste für sein Amt, das ihm seine letzten Aufgaben bringe, da auf dem Gebiet der Schule und des Kultus die Gegensätze ganz besonders scharf sind. (Zuruf des Abg. Voß (Komm.): Er muß sich mit dem Abg. Schofer aufstellen! Große Heiterkeit.)

Bei der nun folgenden Wahl des Staatspräsidenten wurden 76 Stimmzettel abgegeben. Mit 48 Stimmen wurde Minister Kemmele zum Staatspräsidenten und mit 44 Stimmen Minister Köhler zu seinem Stellvertreter gewählt. 26 Stimmzettel waren leer. Unter der Heiterkeit des Hauses teilte der Präsident mit, daß auf einem Stimmzettel Abg. Voß (Komm.) als Staatspräsident genannt war.

Staatspräsident Kemmele nahm die Wahl an und erklärte: Ich bin mir durchaus bewußt, daß mit der Übernahme des Amtes als Staatspräsident, insbesondere für das kommende parlamentarische Geschäftsjahr, eine große Last von Verantwortung und Arbeit verbunden ist. Die allgemeine wirtschaftliche und politische Lage ist nicht gerade dazu ansetzend auf den vordersten Posten in der Politik zu treten. Ich danke dem Hause für das Vertrauen und verbinde meinerseits die Anerkennung der großen Leistung, mit denen sich mein Vorgänger in diesem Amt den herzlichsten Dank erworben hat. In dem bisherigen Staatspräsidenten Dr. Hummel hatten wir in dem Kabinett einen Kameraden, der alle Zeit bestrahlt war, in treuer Kameradschaft Schulter an Schulter mit uns zu arbeiten. Ich erkläre, wie bisher meine Pflicht zu tun im Interesse des deutschen Vaterlandes. (Zustimmung.)

Auch Minister Köhler nahm das Amt als stellv. Staatspräsident an, worauf Präsident Wittenmann den Neugewählten die besten Wünsche auf den Weg gab.

Karlsruhe, 7. Nov. Abends 6.30 Uhr fand eine dritte Sitzung statt, in der Abg. Dr. Glöckner (Dem.) über den Gesetzentwurf über den Entschädigungsaufwand der Landtagsabgeordneten (Drittengesetz) Bericht erstattete. Nach dem neuen Gesetz soll der Aufwand 24 000 Mk. monatlich betragen.

Für die Karlsruher Abgeordneten ermahnt noch dieser Antrag um die Hälfte. Diejenigen Abgeordneten, die infolge ihrer Teilnahme an den Landtags-Sitzungen einen Ausfall an

Servierdienst haben, oder einen Vertreter in ihren Dienst stellen müssen, erhalten einen Zuschlag von 50 Proz. zu der Entschädigung von 24 000 Mk. Außerdem tritt zu der Grundentschädigung von 24 000 Mk. noch für sämtliche Abgeordnete ein Feuerungszuschlag, wie er den Beamten zukommt. Abgeordnete, die über 120 Kilometer von Karlsruhe entfernt wohnen, erhalten noch einen Zuschlag für Teilnahme an den Ausschuß- oder Fraktions-Sitzungen.

Das Gesetz wurde ohne Ausdrücke in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Nach Mitteilung der neuen Eingänge begründete Abg. Dr. Schmitt-Karlsruhe einen Zentrumsantrag über die Abgabe von Waldstücken an minderbemittelte Landwirte.

Finanzminister Köhler hat, diese Angelegenheit heute nicht mehr zu behandeln, da das dazu nötige Aktienmaterial augenblicklich infolge des bereits vollzogenen Dienst-Einfusses nicht beschafft werden könne.

Abg. Weiskopf (Ztr.): Die Sache ist sehr dringlich. Die Landwirte wollen keine Aktien, sondern Laubstreu. Ich bitte, den Antrag anzunehmen. Bei der Abstimmung wurde der Antrag mit sehr großer Mehrheit (zwei Minister stimmten dagegen) angenommen. Der Antrag hatte folgenden Wortlaut: „Der Landtag wolle sobald als möglich beschließen, die Regierung zu ersuchen, minderbemittelten Landwirten als bald in diesem Jahr Waldstücken aus Staats- und Körperschaftswaldungen unentgeltlich oder zu mäßigen Preisen zu genehmigen.“

In einer sich anschließenden Geschäftsordnungsdebatte teilte Finanzminister Köhler mit, daß dem Hause demnächst eine Denkschrift über die Laubstreufrage zugehen wird. Damit war die Tagesordnung erledigt. Schluß der Sitzung 7 Uhr. Nächste Sitzung unbestimmt.

Die Bildung der Landtags-Ausschüsse.

Karlsruhe, 7. Nov. Im Laufe des heutigen Tages haben sich die Ausschüsse des Landtags gebildet. Der Haushaltsausschuß wählte Abg. Marum (Soz.) zu seinem Vorsitzenden, Abg. Dr. Glöckner (Dem.) zum Stellvertreter und Abg. Seubert (Ztr.) zum Schriftführer.

Der Rechnungs-Ausschuß wählte zum Vorsitzenden Abg. Meyer (Ztr.), zu dessen Stellvertreter Abg. Strobel (Soz.) und zum Schriftführer Abg. Schrant (Landbund).

Der Ausschuß für Gemeinde wählte Abg. Schön (Dem.) zum Vorsitzenden, Abg. Schneider-Heidelberg (Ztr.) zu seinem Stellvertreter und Abg. Schneider-Mannheim (D.-N.) zum Schriftführer.

Der Geschäftsordnungs-Ausschuß wählte zum Vorsitzenden Abg. D. Mayer-Karlsruhe (D.-N.), zu dessen Stellvertreter Abg. Gebhard (Landbund) u. Abg. Raubich (Soz.) zum Schriftführer.

Im Landtag haben die Abg. Dr. Baumgartner (Ztr.) und Geisler einen Antrag eingebracht, in dem gefordert wird, daß infolge der geradezu katastrophalen Geldentwertung eine ganz wesentliche Erhöhung der Freigrenze und der Ermäßigungen der im Steuerrecht vorgesehenen Steuerhöhen vom Grundbesitzer und Gewerbetreibenden eintreten soll. Der zweite Absatz des Antrags bezieht sich auf die Steuerfreiheit der landwirtschaftlichen Umwandlungsprodukte (Futtermittel, Stroh- und Düngervereute, Sauggut), um die im Interesse der Volkswirtschaft dringend gebotene Produktionssteigerung zu erhöhen und eine weitere Steigerung der Lebensmittelpreise in angemesseneren Grenzen zu halten.

Die demokratische Fraktion hat folgenden Antrag eingebracht: Die in den letzten Wochen eingetretene Geldentwertung bedroht nicht nur den gewerblichen Mittelstand, das Handwerk und den Kleinhandel, sondern auch die großen Betriebe, insbesondere die Industrie, die Kunst- und Privatindustrie und freie Schriftsteller. Was akuten die Regierung zu tun, um die diesen Ständen und Berufen drohende Not abzumwenden?

Baden und Nachbarstaaten.

Der Raubmordversuch im D-Bus.

Frankfurt a. M., 7. Nov. Durch die Nachforschungen der hiesigen Kriminalpolizei konnte jetzt ein Zeuge festgestellt werden, der folgendes bekundet: Von Hamburg eintreffend, hat sich der Zeuge nach dem D-Bus nach Basel begeben und den Wagen, in dem die Tat verübt wurde, bestiegen. Er betrat auch das Abteil des Sauerweins, das nicht beleuchtet und mit den Vorhängen abgedichtet war. Als er durch die etwa halböffnete Tür den Vorhang zurückschob, nahm er einen widerlich süßen Geruch aus dem Abteil wahr. Auf dem einen Sitz lag ein Mann, bis zu den Knien mit einer Decke zugehüllt, der den Eindruck eines Betrunknen machte, da er fortwährend in einem Tone

ausländische Sprache von sich gab. Im Abteil stand ein junger schlanker Mann, der sich mit beiden Händen an dem gegenüberliegenden Gepäck festhielt, und nach dem Liegenden hinsah. Später wurde dann beobachtet, wie dieser junge Mann in Begleitung zweier weiterer junger Leute im Alter von 22-28 Jahren in eiligen Schritten nach der Bahnsteigpforte zogen. Es ist anzunehmen, daß diese drei jungen Leute offenbar als Täter in Frage kommen.

Karlsruhe, 8. Nov. (Verurteilte Diebe.) Die II. Strafkammer verurteilte den Goldschmied B. Schumann aus Jittersbach und den Blechler Karl Leitz aus Offenbach wegen eines schweren, in Pforzheim ausgeführten Diebstahls im Rückfall zu einer Zuchthausstrafe von 3 Jahren unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte die Dauer von 5 Jahren. Wegen Hehlerei im Zusammenhang mit unerlaubtem Goldhandel erhielt der Bürohelfer Friedrich Metich aus Pforzheim eine viermonatige Gefängnisstrafe und der ebenfalls in Pforzheim wohnhafte Kaufmann Albert Emmerich wegen unerlaubten Handels eine Geldstrafe von 1000 Mk.

Seidberg, 7. Nov. Gestern vormittag gegen 12 Uhr erlitt auf dem hiesigen Hauptbahnhof ein von Thüringen zugereister 66jähriger Kommerzienrat einen Herzschlag, an dessen Folgen er starb. — Seit einigen Tagen führt der Redar wieder ziemlich hohes Wasser, veranlaßt durch die starken Regenfälle der letzten Zeit. Dadurch hat die Schiffahrt Schwierigkeiten bekommen, die aber schnell wieder behoben sein werden.

Bruchsal, 8. Nov. Der frühere Antreiber Anton Karcher hat sein ganzes Vermögen dem Verein für Krankenpflege geschenkt.

Eggelsheim b. Karlsruhe, 8. Nov. Aus Anlaß des Todestages des Bürgermeisters und Landtagsabg. Red wurde gestern vom Verband Badischer landwirtschaftlicher Genossenschaften, der in Herrn Red seinen ersten Präsidenten verloren hat, ein Kranz am Grabe des hochverehrten Mannes niedergelegt.

Mörsen, 8. Nov. In Stadelhofen kürzte eine bei ihrem Bruder lebende Hauptlehrerswitwe so unglücklich die Treppe hinunter, daß der Tod sofort eintrat.

Hornberg b. Triberg, 8. Nov. Eine unsinnige Wette kam laut „Schwarzwälder“ hier zwischen jungen Burden zum Austrag, die zu neuen jungen Leuten gehören, die über zu viel Geld verfügen. Einer der beteiligten verpflichtete sich nämlich, 10 Stück 100 Gramm Tafeln Schokolade auf einmal zu verfliegen. Der Burde brachte bis zu 7% Tafeln, dann mußte er infolge Uebelkeit die Wette verloren geben. Wie viele Kranke und alte Leute wären froh, wenn sie sich nur eine Tafel Schokolade leisten könnten.

Villingen, 8. Nov. (Tödlicher Unfall.) — Gefährter Dieb. Ein tödlicher Unglücksfall hat sich auf der Eisenbahnstrecke zwischen Villingen und Kirnach ereignet. Der 26jährige Arbeiter Karl Ehret von Hofweier war mit dem Anzügen der Signalführer beschäftigt und hatte infolge des Schneetreibens einen Schienen aufgespannt. Er war gerade einem Güterzug auszuweichen und auf das andere Gleise getreten, als ein Lokalgüterzug überfuhr und auf der Stelle löstete. — In einem hiesigen Hotel hatte ein Gast eine günstige Gelegenheit benützt und die Büffettasse mit ungefähr 50 000 Mark Inhalt gestohlen. In Urm konnte der Dieb in der Person des Monteurs Karl Göpfert aus Tübingen verhaftet werden. Etwa 20 000 Mk. waren noch in seinem Besitz.

Freiburg, 8. Nov. (Geschieden aber vereint.) Eine hübsche Satire hat sich vor dem hiesigen Schöffengericht abgespielt. Dort mußte ein Tagelöhner erscheinen, der mit seiner Frau, trotzdem er von ihr geschieden war, auf den Kartoffeldiebstahl ausgezogen war. Als er sich dabei mit seiner früheren Frau verpackte, zeigte er sie bei der Polizei wegen des Kartoffeldiebstahls an. Die Polizei faßte ihn natürlich selbst und das Schöffengericht verurteilte ihn wie seine ehemalige Frau zu je 3 Monaten Gefängnis.

Vörsach, 8. Nov. (Fabrikunfall.) In einem Werk in Vörsach wurde der Arbeiter Wilhelm Dietzsch von Hertzen beim Bedienen des elektrischen Kranens vom Strom erfaßt und auf der Stelle getötet.

Das verlorene Eck.

Roman von E. Krickeberg.

(Unberechtigter Nachdruck verboten.)

Lena begleitete ihn hinaus. Sie sprach kein Wort, aber in ihren Augen lag die angstvolle Erwartung dessen, was er ihr sagen würde.

Er sah es und es zuckte bitter in seinem Gesicht. „Es hat mir leid getan, dir noch länger zur Last fallen zu müssen“, sagte er mit erzwungener Kälte, „ich befand mich, wie du zugeben wirst, in einer Zwangslage. — Nun fürchte aber nicht, daß ich von deiner Mutter Einladung Gebrauch machen werde — hier trennen sich vorläufig unsere Wege. Brauchst du mich einmal, so rufe mich, ich werde sofort kommen und beglückt sein, etwas für dich tun zu dürfen. Bis dahin werde ich uns ein Wiedersehen ersparen. . . . Lebe wohl, Lena.“

Sie stand vor ihm, blaß, die Augen gekent, schwer atmend. Er nahm ihr Bild mit einem Blick voll Jörn und Trauer in sich auf und wollte gehen, ohne ihr auch nur die Hand gereicht zu haben.

Da drang ein Aufschluchzen über ihre Lippen, so verzweiflungsvoll, daß es ihn packte.

„Du gehst in Jörn und weißt doch nicht, daß ich nicht anders kann — beinetwillen nicht — ich habe nichts mehr zu verlieren, aber du . . .“

„Lena!“

„Ich bitte dich um Gottes Willen geh! Jeht, Mutter steht uns — aber gib mir deine Hand — wenn's doch zum Scheiden geht.“

Er reichte ihr alle beide. „Lena, mein armes Kind . . .“

Er preßte ihre Finger, daß sie ihr schmerzten. Dann riß sie sich los und eilte ins Haus, und er schritt in die Berge hinein.

3. Kapitel.

Die beiden Damen lebten ganz einsam auf ihrem isolierten Erdwinkel im Gebirge. Mit den Sommerfrischlern von jenseits des Flusses verbunden sie keine gemeinsamen Interessen und so suchten sie sie auch nicht auf.

Frau von Hartenstein genigte es, von der Veranda ihres Häuschens aus das herrliche Gebirgs Panorama zu betrachten, das in die Ranken der Clematis wie in einen zierlichen grünen Rahmen gefaßt erschien. Lena unternahm öfter längere Spaziergänge allein oder mit dem Kinde.

Gleich hinter dem Fluß mit dem zerklüfteten Bett dehnte sich El. Fridolin aus, fast durchweg aus Schweizerhäuschen bestehend, lauber und nett, wie aus einer Nürnberger Spielerschachtel da aufgebaut. Aber das Riesensind, das sich auf der grünen Matte vergrünt hatte, war unachsam mit seinem Spielzeug umgegangen, denn die Häuschen lagen ganz unregelmäßig verstreut, wie verloren, auf dem sanft ansteigenden Berggründen, der sich als breiter lastiger Wiesensstreifen tief hinein in die dunklen Tannenwälder erstreckte.

Wenn die Abendsonne ihre letzten roten Strahlen über das stille Dorf warf, dann glühten die Fenster in den kleinen Häusern und um die Bergspitzen flammete ein glühender Schein, wie ein Abglanz des heiß pulsierenden, leidenschaftsburchgläubten Treibens der Welt draußen, vor dem kein Widerhall in diesen abgeschiedenen Erdwinkel drang.

Der Eigentümer des Schweizerhäuschens war der Leineweber Klodert, der selber das zweite Häuschen auf dem Eck bewohnte.

Vor fünfzig Jahren hatte auf derselben Stelle ein umfangreiches Logierhaus gestanden, dem Großvater Kloderts angehörig. Aber dann war ein Hochwasser gekommen, so juchend und verheerend, wie nie zuvor, so lange Menschengedenken reichte. Das hatte das Haus vom Erdboden hinweggespült und den Besitzer in seinen Fluten begraben. Der einzige Sohn mußte als verarmter Mann zur Profession seiner Ahnen, der Leineweber, zurückkehren, um sein Leben zu fristen. Müßige Menschen richteten ihm die kleine Hütte auf, die noch heute seine Nachkommen bewohnten, und erst der Enkel des verunglückten Mannes vermochte so viel vor sich zu bringen, daß er das niedliche Schweizerhaus in der Gabelung der beiden Flüsse aufrichten konnte, um durch Vermieten an Sommergäste das kargliche Einkommen eines Gewirbwebers etwas aufzuheben.

Vater und Mutter Klodert waren stille und tätige Leute. Die älteste Tochter, Anna, ging den Eltern im Geschäft fleißig zur Hand, die jüngere, das Mariele, ein gewisses, frisches beschickenes und gutgeartetes Mädchen von etwa 12 Jahren, war den beiden Damen zur Bedienung gegeben. Ihre freie Zeit aber widmete sie der kleinen Ursula, die Lena vollkommen unbesorgt der Obhut des verstorbenen Mädchens überlassen konnte.

Man sah die beiden Kinder Tag für Tag entweder auf dem Bleichplatz zwischen den beiden Häusern spielen oder gemeinsam die „rote Tüte“, Vater Kloderts einzige Kuh, über die böseren Brände des Flusses und hinauf nach der Bergseite geleiten. Und während diese ruhig grasete, oder beglückt wiederkehrend im Grünen lag, sammelten die beiden Kinder Blumen zum Kranz

für ihren vierbeinigen Liebling, den er dann stolz um seinen glänzenden Nacken trug.

Oder Mariele mußte von Rubezahl erzählen und dem großen Wasser, das vor langen Jahren das ganze blühende Tal verheert hatte. So auch heut.

Ursula hatte ihre Ellbogen auf die Knie der Freundin gestützt und so beagig im Grase ausgestreckt, las sie ihr die schon so oft gehörten Worte begierig und mit demselben heimlichen Grinsen, wie das erste Mal, vom Munde.

Die rote Tüte lag ein Stück von ihnen entfernt fast und faul im Grase, machte die Kiefer gegeneinander und warf dann und wann hinter den hellen Wimpern hervor einen dunkelvoll verschlafenen Blick zu den Kindern hinüber, die sie, die Hauptperson auf der Wiese, heute so arg vernachlässigten.

Mariele erzählte in ihrem, den Sommergästen abgelauchten hochdeutschen Dialekt, der reichlich mit schlesischen Brocken durchsetzt war.

„Giehst, Ursula, dorten, wo die Weißbach in den Strom fließt, grad wo euer Häusel steht, dorten ist es am schickmsten gewesen, da sind die Wasser uff anandergeprallt und haben n'gleich n'ich gewußt, wo das sie bleiben sollten, und da is a Strudel entstanden, der o Loch wie a Haus tief ei den Felsboden gerissen hat. Aber kenn, sobald daß er Luft kriegt hat, hat er alles mit sich fortgepült, 's ganze große Haus von meim Ahnel, und da ist das „verlorene Eck“ wirklich a verlorenes gewest, denn statt seiner hats bloß noch einen großen See gehabt, in dems gefischt und gequert hat, als immer in der Draehengrundbere ihrem Wasserfessel. Anger immer mehr Wasser is von a Bergen heruntergekommen, äger als wenn die Schleufe von Gabelfall gezogen wird, und der Wind is dabergefahren, wie a Heibengott sein Gejaide. Und's Wasser hat gebrault und getobt, daß man von all dem Lärm sein eigen Wort nit oar verstein' konnt und die Menschheit hat sich halt zain geränkt. In der einen Nacht sind gar viele Ortschaften im Gebirge zerstört gewor'n, und viele arme Leute um all ihr Hab und Gut gekommen, und viel Vieh und auch Menschen sind verlossen — ju — ju — ganz fürchterlich ist's gewesen.“

„Und dein Ahnel ist auch ertrunken?“ warf Ursula erregt ein.

„Du, der hat doch keine von seinen Logiergästen n'ich umkommen lassen wollen und beim Ketten ist er selber verunglückt.“

„Erzähl doch!“ drängte Ursula.

(Fortsetzung folgt.)

Waldshut, 8. Nov. (Töblicher Unfall.) Die leidige Unfälle, auf fahrende Züge aufzupringen, kostete den 32 Jahre alten ledigen Heinrich Strohle von Erzingen das Leben. Er hatte in der Bahnhofsverwaltung die Abfahrt seines Zuges verpaßt, versuchte auf den schon fahrenden Zug aufzupringen, kam zu Fall und geriet unter die Räder. Im Spital mußten dem Verunglückten beide Beine vom Knie an abgenommen werden. In der Nacht starb er an den Folgen seiner Verletzungen.

Waldshut, 8. Nov. (Ausreißer.) Dem „Alsböten“ zufolge wurden hier drei Waisenkinder im Alter von 6, 8 und 12 Jahren aufgegriffen, welche aus Nürnberg stammten und die weite Reise von dort nach Waldshut zu Fuß zurückgelegt hatten. Die Kinder wurden im Spital untergebracht, bis ein Heim für sie gefunden sein wird.

Konstanz, 8. Nov. (Ein gefährliches Schiff.) Der Sturm am Sonntag hat den Bodenseedampfer „Walden“ wie schon öfter in Seenot gebracht. Radschaukelbrüche und andere Beschädigungen zwangen den Dampfer zweimal zum Halten, einmal auf See. Die Betriebssicherheit dieses Schiffes ist laut „Konst. Nachrichten“ sehr gering und die Passagiere, die sich ihm anvertrauen, können in Schwierigkeiten kommen. Bei jedem Sturm kommen bei dem Schiff Havarien vor.

Freudenstadt (Württg.), 8. Nov. In der Nähe des Parkhotels wurde gestern früh ein Mann im Schnee liegend aufgefunden, dessen Röhre zusammengebunden waren und dessen Kopf blutende Wunden aufwies. Derselbe hatte anscheinend mehrere Stunden im Schnee gelegen. Die Wunden sollen von Nautschindeln herrühren. Näheres konnte bis jetzt noch nicht ermittelt werden, da der Verletzte längere Zeit bewußtlos war.

Stuttgart, 7. Nov. Der bekannte eltsässische Politiker Claus Freiherr von Bülach hat eine Verleumdungsklage gegen die Pariser Zeitung „Le Journal“ erhoben. Sie wird am 29. November vor dem Gericht zur Verhandlung kommen. Frhr. von Bülach verlangt eine Buße von 100.000 Franken, die er den eltsässischen Kriegsinvaliden zukommen lassen will.

Aus Stadt und Bezirk.

Deutsche demokratische Partei.

Bemerkungen zu den Gemeindevahlen.

VI.

Die obersten Reichsorgane sind a. H. mit der Frage beschäftigt, wie dem Finanzstand der Gemeinden gesteuert werden kann. Zu diesem Zweck soll das sog. Landessteuergesetz verbessert werden. Hierbei ist aber keine Rede davon, daß den Gemeinden das Recht zur Erhebung von Einkommensteuern zugesprochen werden soll. Die Gemeinden müssen daher zunächst der eigenen finanziellen Betätigung reines Gebrauchs nachsehen. Der Ausbau dieser kommunalen Steuern hat in einem sozial ausgeprägten System zu erfolgen unter strenger Verantwortlichkeit der Leistungsfähigkeit der Steuerträger und unter sorgfältiger Prüfung der sozialwirtschaftlichen Berechtigung und Wirkung der einzelnen Steuer. Das Einkommen aus solchen Steuern, z. B. Grundsteuer, Grundbesitzsteuer, Wertsteuer, Fremden-, Vergütungs- und Verbrauchsteuer, erweitert sich freilich meistens als unbedeutend im Vergleich zu den Ausgaben. Das stetige Sinken des Geldwerts verursacht ein Betreuen zwischen Einnahmen und Ausgaben, wodurch die Verteilung eines geordneten städtischen Haushalts zur Unmöglichkeit wird, und darin liegt wieder die Ursache für die planlose Geldausgabe, die vielfach eingegriffen ist. Ihren Kredit haben die Gemeinden meist schon außer Acht gelassen. Weitere Kreditmaßnahmen sind nahezu unmöglich; das Kapital in Deutschland ist so gut wie aufgebraucht. Daher müssen die Gemeinden betriebl. die eigenen Betriebe so gewinnbringend wie möglich zu gestalten. In den eigenen Betrieben der Gemeinden muß streng nach wirtschaftlichen Grundsätzen gearbeitet werden. Damit ist nicht gesagt, daß in jedem Fall streng mit dem Ziel einer Ueberproduktion gearbeitet werden mußte. Die Ertragswirtschaft eines Wasserwerks zum Beispiel sieht ganz anders aus, wie die eines Elektrizitätswerks. Ueberhaupt gibt es allgemein gültige Rezepte für die Wirtschaftsführung der kommunalen Betriebe nicht. Das Schwergewicht liegt hier bei den Menschen, bei den Betrieben, die in leitender Stellung in einem kommunalwirtschaftlichen Betriebe tätig sind. Wir brauchen Organisationskräfte. Solchen schöpferischen Individualitäten den Weg zur Arbeit frei zu machen, ist eine Aufgabe für die Demokratie. In die leitenden Stellen der Wirtschaftsbetriebe gehören technische und kaufmännische Fachleute, die durch Kommissionen und Beratungen, mit denen noch viel gearbeitet wird, nicht in ihrem planmäßigen organischen Gelingen bei eigener Verantwortlichkeit gehindert werden dürfen.

W. Durlach, 8. Nov. Am nächsten Sonntag, als dem Sonntag nach Martin befehlt die evangelische Kirche ihr Ernte- und Dankefest. Eine alte, schöne Sitte ist bei uns seit einigen Jahren wieder erneuert worden, nämlich daß an diesem Tage die Kirche mit Erntegaben geschmückt wird. Das soll nun auch am nächsten Sonntag wieder geschehen, und es ist zu wünschen, daß recht viele Gemeindeglieder solche Erntegaben zum Schmuck der evangel. Stadtkirche stiften; die Gaben sollen am Samstag nachmittag in der Kirche abgeliefert werden; sie können aber auch schon vorher den Pfarrern angezeigt werden, damit sie von freiwilligen Stiftern in die Kirche abgeholt werden können. Nach dem Fest fallen diese Gaben den nächsten Schwefelkugeln zu. Das diesjährige Ernte- und Dankefest soll ein Dinstag werden. Die Anhalten für Junere Mission befinden sich in großer Notlage. Es handelt sich um die Dinstagshäuser, Mutterhäuser für Kinderheimweiser, Waisen- und Rettungshäuser, Heime für Epileptische und Schwachsinrige und ähnliche Anhalten der christlichen Liebestätigkeit, die man unter dem Namen Junere Mission zusammenfaßt. Es wäre ein unberechenbarer Schaden nicht nur für die evangelische Kirche, sondern auch für unser ganzes Volksleben, wenn diese Anhalten zusammenbrächen. Daher wird für diese Anhalten am Ernte- und Dankefest in allen Gottesdiensten in der evangel. Stadtkirche eine Kollekte erhoben, möge sie angesichts der großen Notlage, der sie abgeben soll, von den Mitgliedern der evangel. Gemeinde als eine besonders wichtige angesehen und besonders reichlich bedacht werden. Angesichts der großen Not sollten aber auch außer der Kirchentafel noch weitere, freiwillige Geldgaben gestiftet werden. Die evangel. Gemeindeglieder mögen solche Gaben bis spätestens 1. Dezember bei den Pfarrern abgeben. Dabei ist es jedem Geber gestattet, bei seiner Gabe zu bestimmen, ob sie allgemein für die Anhalten oder für eine besondere Anhalt, die ihm nahe liegt, Verwendung finden soll. — Es ist eine Dankeschuld, die wir hier abtragen, ein notwendiges Liebeswerk, das wir teilen, aber auch eine Ehrenfrage der evangel. Gemeinde Durlach, daß sie nicht hinter anderen zurückbleibe. Möge daher diese Sammlung ein schönes Ergebnis einbringen. Viel Not kann hier gelindert werden.

Durlach, 8. Nov. (Ausstellung zur Bekämpfung der Volksheiden.) Unser einziger Reichum, der uns nach dem Frieden von Versailles noch geblieben ist, ist die Gesundheit unseres Volkes, die wir erhalten müssen, indem wir alle Kräfte und Mittel zusammenfassen in der Bekämpfung der Volksheiden und Volksheiden, die unser Volk noch vollends zu vernichten drohen. Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten, dazu der

nein ankommende Alkoholismus und die über den Krieg noch erkrankenden Angehörigen der Einheimischen und zur Zeit die schlimmsten Feinde unserer Volksgemeinschaft. Ohne Gesundheit aber keine Arbeitskraft, und die brauchen wir mehr denn je in dem und bevorstehenden schweren Kampfe um die Erhaltung unseres nationalen Daseins. Deshalb ist es zu begrüßen, daß in diesen Tagen in Durlach eine Volksheiden-Ausstellung veranstaltet wird, die durch Ausklärung in Wort und Bild in allen Schichten unseres Volkes das Nützliche und Wissenswerteste, besonders auf dem Gebiete der vorbeugenden Bekämpfung der schlimmsten Volksheiden übermitteln will. Darin der Unterstützung dieser Personlichkeiten aus dem Geschäftsleben und der Stadtverwaltung war es möglich, die Ausstellung im Rathaus-Saal unterzubringen. Die Ausstellung wird am Donnerstag, den 9. November, abends 8 Uhr, mit einem Vortrag des Herrn Pfarrer Werner, Karlsruhe eröffnet. Daran schließt sich der erste Führungsvortrag des Ausstellungsliters Herrn Müller an. Geöffnet ist die Ausstellung von morgen 8 Uhr bis abends 8 Uhr, Sonntags von 2½—8 Uhr. Täglich abends 6 Uhr Führungsvortrag. In diesen Führungsvorträgen soll in allgemeinverständlich, einprägnanter, zielbewusster Weise auf den tiefen Ernst der Alkoholgefahr hingewiesen werden. In den Vormittagsstunden werden die oberen Klassen sämtlicher hiesiger Schulen durch die Ausstellung geführt und belehrt werden. Vereine und andere Organisationen erhalten auf Wunsch eine Abendführung nach vorheriger Vereinbarung mit dem Ausstellungsliter.

*** Zu den Gemeindevahlen.** Bei früheren Wahlen soll es vorgekommen sein, daß Wähler, obgleich sie in der Wählerliste eingetragen waren, deshalb nicht zur Wahl zugelassen wurden, weil sie die Benachrichtigung über den Eintrag in die Wählerliste nicht vorweisen konnten. Eine Zurückweisung aus diesem Grunde ist, wie in einer amtlichen Notiz mitgeteilt wird, nicht zulässig. Zur Wahl berechtigt ist jeder, der in der Wählerliste eingetragen ist und sich hinreichend über seine Person ausweisen kann.

**** Das Notgeld, das von zahlreichen Städten ausgegeben wird, muß nach einer Verfügung des Landesfinanzamts Karlsruhe der Reichsbankdirektion Karlsruhe und des badischen Finanzministeriums auch von den hiesigen Behörden unterstellten Kassen in Zahlung genommen werden. Es ist damit gesagt, daß das in Baden ausgegebene Notgeld auch außerhalb des Ausgabeortes Verwendung finden kann, sobald diesem Notgeld ein möglichst freier Umlauf innerhalb Badens gesichert ist.**

**** Die Lage des Arbeitsmarktes zeigt zwar weiterhin die Tendenz zur Besserung, ohne daß im allgemeinen zur Zeit schon von einer Arbeitslosigkeit großen Umfangs gesprochen werden könnte. Es macht sich jedoch eine Verminderung der Nachfrage nach Kräften in der Industrie und auch bei den ungelerten Banarbeitern bemerkbar.**

Zwei soziale Steuerfragen.

Von Steuerjurist Dr. Vogt, Apsida.

1. **Kleinwohnungen.** § 50 des Einkommensteuergesetzes enthält, daß bei Kleinwohnungen, deren Bau oder Ausbau in diesem oder in dem folgenden Jahre vollendet wird, ein Teil der Kosten von steuerbaren Einkommen abgesetzt werden kann. Abgesetzt kann der Teil der Kosten werden, der den bauenden gemeinen Wert übersteigt und das können gut und gerne 50 Prozent der Kosten sein. Was aber eine Kleinwohnung nun eigentlich ist, kann zu Streitigkeiten führen. Im Gesetz ist nichts weiter darüber zu finden. In einer Verordnung zum § 50, die vom 12. Juni 1921 stammt, wird eine Maßzahl von 90 Quadratmetern als Höchstgrenze angegeben für den Flächeninhalt der mibaren Wohnfläche (Wohn-, Schlaf-, Küche). Bei Kinderreichtum und besonderen baulichen Verhältnissen wird man auch noch darüber hinauskommen. Nun enthält aber die angeführte Stelle noch die Bemerkung, daß Kleinwohnungen nur von Minderbemittelten bewohnt werden können. Das kann aber nicht allgemein gelten. Es ist dazu zu bemerken, daß § 50 zwei Vorgänge behandelt. Die Erleichterung gilt einmal für natürliche Personen als Bauherren und zum andern für gemeinnützige Vereinigungen. Nur mit der zweiten Kategorie befaßt sich die Verordnung und dort erscheint die Forderung auch ausdrücklich, daß die Wohnungen für Minderbemittelte bereitzustellen sind. Ganz etwas anderes aber gilt für natürliche Personen. Minderbemittelte können unmöglich in der Lage sein, für sich selber Kleinwohnungen zu bauen. Mietskasernen aber werden zur Zeit nicht gebaut. Bei dieser Auslegung würde also nur der Bau von Arbeiterwohnungen durch Unternehmer, die für ihre eigenen Werkarbeiter sorgen wollen, die Erleichterung genießen. Diese Beschränkung ist aber offensichtlich nicht beabsichtigt. Sonst wäre nicht der allgemeine Ausdruck Kleinwohnungen gewählt. Der Begriff der Kleinwohnung muß nach dem Merkmal der notwendigen Anforderungen aus allgemeinen sozialen Zusammenhängen erschlossen werden unter Anlegung an die tatsächlichen Verhältnisse, die in der angeführten Verordnung angegeben sind. Die Forderung, daß die Wohnung für Minderbemittelte bestimmt sein soll, ist aber für natürliche Personen als Bauherren nicht aufrecht zu erhalten.

2. **Die Sechziger.** § 40 des Vermögenssteuergesetzes bestimmt, daß Personen, die bei der ersten Veranlagung (am 1. Dezember dieses Jahres) über sechs Jahre alt sind, das gesamte Nettovermögen zurückerhalten sollen. Das zum Notopfer veranlagte Vermögen darf dabei nicht mehr eine halbe Million Mark betragen haben. Es darf nicht hauptsächlich Grundvermögen oder Betriebsvermögen gewesen sein. Die Minderhaltung geschieht nicht von Amts wegen. Ein besonderer Antrag muß gestellt werden. Wird dieser Antrag nun gestellt, so sind die Finanzämter nach einer Anordnung des Finanzministers gezwungen, einwillen abzulehnen. Nur wenn die Erlösz des Steuerpflichtigen dadurch gefährdet ist, daß die Minderhaltung einwillen abgelehnt wird, kann die Minderhaltung „in die Wege geleitet“ werden. Dann müssen aber die Verhandlungen dem Finanzminister vorgelegt werden.

Der Wille des Gesetzgebers, das hohe Alter zu schätzen, wird also, wenigstens einwillen, verhindert. Man muß diese Regelung bebauern. Der Steuerstaat wird durch diesen unangebrachten Vorfall keine Freunde erobert. Es ist nicht klar genug unterschieden worden zwischen den allgemeinen Minderhaltungen nach § 39 und den besonderen Vorschriften nach § 40. Die allgemeinen Minderhaltungen stellen einen Ausgleich in der Vermögensbesteuerung dar. Sie kommen gewöhnlich für eine Anrechnung auf die Zwangsanleihe in Frage. Sie betreffen nur Notopferbeiträge, die bereits bezahlt sind. Die Befreiungen des § 40 dagegen bilden eine soziale Disfaktion. Eine Anrechnung auf die Zwangsanleihe scheidet aus, da diese Personen überhaupt keine Zwangsanleihe zu zahlen haben. Mitunter sind die Notopferbeiträge, die nach dem klaren Wortlaut des Gesetzes dann niederzuschlagen wären, noch nicht bezahlt. Dann werden also zunächst Nachforderungen gestellt und die Sechziger bekommen nichts zurück, sondern zahlen noch was drauf, oder beantragen erst einwillen anstelle Stellung. Das alles ist unbillig. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Sechziger von den Bestimmungen der einwilligen Regelung möglichst umgehend befreit werden.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Der deutsche Botschafter in Moskau, Graf Brockdorff-Ransau hat am 6. Nov. bei seinem feierlichen Eintrittsbesuch sein Beurlaubungsschreiben dem Prä-

sidenten des Zentralkomitees, Kallinin, überreicht. Dabei hielt der deutsche Botschafter eine Ansprache, in der er den Vertrag von Rapallo als den Beginn einer neuen deutsch-russischen Zusammenarbeit feierte. In seiner Antwort kam Kallinin ebenfalls auf den Rapallovertrag zu sprechen, der als ein Zeichen uneigennütigen gegenseitigen Vertrauens das stehe und die Grundlage für wahrhaft freundschaftliche Beziehungen zwischen beiden Ländern zu bilden geeignet sei.

Unterzeichnung des deutsch-belgischen Grenzvertrages. In Lachen hat die Unterzeichnung der von der Grenzkommission festgesetzten Grenzbestimmungen und Grenzverträge durch die Bevollmächtigten beider Regierungen stattgefunden. Damit oelten die deutsch-belgischen Grenzverhandlungen als abgeschlossen.

Im Bergwerk eingeschlossen. Bei Spokane in Bernishanien ereignete sich in einem Bergwerk eine Explosion. 40 Bergleute sind eingeschlossen und durch giftige Gase bedroht. Eine Rettungsabteilung ist eingeschlossen. Wie später gemeldet wurde, sind die eingeschlossenen befreit. Im ganzen sind bei dem Grubenunglück 50 Personen ums Leben gekommen. 30 der befreiten Personen beklagen sich in hoffnungslosem Zustand.

Für 25 Millionen Mk. Getreide verbrannt. Vermutlich infolge Brandstiftung brannte, wie aus Leipzig berichtet wird, eine mit Getreide gefüllte Scheune des Ritterguts Köstlich bei Wurzen nieder. Die Scheune barg die Ernte von über 110 Weckern. Der Schaden wird auf 25 Millionen geschätzt.

Buntes Allerlei.

Warnung vor einer Schwindelfirma. Die Württ. Hauptfürsorgestelle der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge hat die ihr untergeordneten Stellen auf eine Schwindelfirma aufmerksam gemacht, die zur Zeit durch einen Reisenden Photovergrößerungen anbietet und sich in der üblichen Weise auf erteilte Aufträge größere Anzahlungen machen läßt. Diese Aufträge werden von der Firma — sie heißt E. F. C. Mayer in Bremen — so schlecht ausgeführt, daß sie meist gänzlich unbrauchbar sind. Ein zweiter Reisender, der die Vergrößerungen vorlegt, sucht dann den Kunden zur Bestellung einer Ausmalung oder eines Rahmens zu überreden.

Zwei Hochendampfer überfällig. Die Hamburger Dampfer „Hermann Sauber“ (4000 Br.-R.-Z.) und „Herbert Sauber“ (etwa 1500 T.), mit Kohle von England nach Hamburg bestimmt, sind beide überfällig. „Hermann Sauber“ ist am Montag nacht, „Herbert Sauber“ Mittwoch nacht nach Hamburg abgegangen. Bis jetzt fehlt jede Nachricht. Es wird vermutet, daß beide mit ihren je 29 Mann starken Besatzungen im Sturm untergegangen sind.

Ein gefährlicher Verbrecher erschossen. Willy Opitz, einer der berüchtlichsten Verbrecher Berlins, wurde jetzt endlich von der Kriminalpolizei unschädlich gemacht. Bei einem Kampf mit Kriminalbeamten erlitt er in einem Lokal so schwere Schußverletzungen, daß er kurz nach seiner Entlieferung in der Charite starb. Opitz hatte nicht weniger als vier Morde und zahlreiche Raubüberfälle und Einbrüche auf dem Gewissen. Er ging mit beispielloser Rohheit vor und schoß jeden, der sich ihm in den Weg stellte, kurzerhand über den Haufen.

Handel und Verkehr.

Der Dollar notierte am Mittwoch in Frankfurt 9226,85 G., 9273,85 Br., in Berlin 9127,12 G. und 9172,88 Br.

- 1 Schweizer Franken = 1675,80 G., 1684,20 Br.
- 1 französischer Franken = 571,05 G., 548,90 Br.
- 1 belgischer Franken = 501,10 G., 548,90 Br.
- 1 italienischer Lira = 387 G., 389 Br.
- 1 holl. Gulden = 3610,95 G., 3629,05 Br.
- 1 spanischer Peseta = 1386,50 G., 1398,50 Br.
- 100 österreichische Kronen = 12,47 G., 12,58 Br.
- 1 tschechische Krone = 286,25 G., 297,75 Br.
- 1 schwedische Krone = 2473,80 G., 2486,20 Br.
- 1 engl. Pf. Sterling = 40 398 G., 40 601 Br.

Zucker zur Weinverbesserung. Nach einer Mitteilung des Reichsernährungsministeriums werden voraussichtlich zunächst 40.000 Doppelztr. Zucker zur Hausweinbereitung und Verbesserung des Rotmostes bereit gestellt werden, später aber noch weitere 120.000 Dg. zur Verbesserung des Weißmostes und Weißweines. Als voraussichtlicher Preis werden in dem amtlichen Schreiben 60 bis 70 Mk. pro Fd. anemnt.

Mitmachendes Wetter.

Nachdem die Störungzone im Westen über Skandinavien abgezogen ist, sieht bei mäßig starken südwestlichen Winden für Freitag und Samstag zeitweilig aufheiterndes, mildes Wetter ohne ernstliche Niederschläge in Aussicht.

Die elegante Bluse.

Nr. 600.)



Die aufs höchste gestiegenen Preise, die ein elegantes Kleid für die meisten unerschwinglich machen, hat die Bluse auch für kleinere Veranlassungen, Theater und Konzerte wieder zu Ehren gebracht. In einem schwarzen Samtrock wickelt z. B. unsere Bluse 7108 aus geranneter Seide besonders hübsch. Ihre hochaparte Garnitur bildet graues Seidenband, das in dichten schmalen Faltschichten den vorn abgerundeten Schoß, die Halsbarmel und den schrägen Schluß begrenzt. Der Favorit-Schnitt 7108 der Internationalen Schnittmanufaktur, Dresden-N. 8, ist hierzu in 88, 92, 96, 104 cm Oberweite zu 88 Mk. vorrätig.

Kümmeler-Schleib, Herrenstraße 8, Fran Keller, Hauptstraße 50, Luise Zilly, Hauptstraße 61.

